

Einmal wöch. Bezugspreis für März 3.— M. einschl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1. Gesp. Zeile 20 S., Stellengebote 20 S. Die Petitzeile 10 S., 60 Zeilen breit, 1 M. Offertengebühren für Selbstholer 20 S., bei Ueberlieferung durch die Post außerdem Portofachlag, Einzel-Nr. 10 S., Sonntags-Nr. 15 S. Geschäftslicher Zelt: Josef Hohmann, Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz für unentf. u. d. Fernruf überm. Anzeigen übernahmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht verfehene Manuskripte werd. nicht aufbewahrt. Sprechstunde d. Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptschriftl.: Dr. Joseph Albert, Dresden.



Sächsische Volkszeitung



Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden, A. L. Seife, Schillerstraße 46. Fernruf 2104. Postfach 1477. Postamt: Postfach 1477, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden, A. L. Seife, Schillerstraße 46. Fernruf 2104 und 13453.

Der Kompromißplan

Wie Chamberlain die Krise in Genf zu vermeiden hofft

London, 3. März

In London wurde gestern bekannt, daß das deutsche Kabinett sich entschlossen habe, Dr. Luther und Dr. Stresemann Instruktionen nach Genf mitzugeben, dahingehend, daß Deutschland keinerlei vorheriges Abkommen oder Verpflichtungen für eine spätere Wenderung der Völkerbundesverfassung eingehen könne. Der Sonderkorrespondent des „Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß an der am Sonntag, den 7. März abends in Genf stattfindenden Vorerörterung die wichtigsten Parteien, England, Frankreich, Deutschland und Polen, möglicherweise auch ein Vertreter Italiens teilnehmen würden. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen meint der Korrespondent, daß Deutschland gegen den Kompromißplan einer Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der genannten Fragen bis zum Herbst nichts einzuwenden habe.

„Daily News“ berichtet, daß der spanische Premierminister, General Primo de Rivera, den spanischen Delegierten in Genf begleitet wird, doch glaubt das Blatt, daß sich Mussolini nicht deshalb seinerseits veranlaßt sehen würde, auch an der Tagung des Völkerbundes teilzunehmen.

Nach einem Bericht der „Morning-Post“ aus Genf beabsichtigt Spanien seine Kandidatur für einen ständigen Ratsitz zurückzugeben. (?) Dadurch werde der Feldzug Brasiliens motiviert. Chamberlain, Briand, Szarynski und der spanische Botschafter würden nunmehr Stresemann und Luther im Interesse des Locarnovertrages zu veranlassen suchen, der Zuweisung eines nicht ständigen Sitzes an Polen bis zum September zuzustimmen. Inzwischen werde die Sonderkommission die Reorganisation des Bundes untersuchen. Als Gegenleistung für seinen jetzigen Verzicht wolle Spanien die Zusage von Deutschland haben, daß es seine Ansprüche im September unterlässe.

Dieses Kompromißprogramm werde den Locarno-Büsten bei der für Sonntag vorgesehener Vorkonferenz vorgelegt werden.

den. Die einzige Schwierigkeit für eine solche Kompromißlösung bestehe in dem wahrscheinlichen Widerstande des schwedischen Delegierten Lindén. Man sei der Meinung, daß sowohl Stresemann wie Graf Szarynski Entgegenkommen zeigen würden. Italien werde dieses Kompromiß ebenfalls unterstützen, wenn Polen einen nicht ständigen Sitz erhalte.

Reisevorbereitungen

Annahme der Locarno-Verträge in der französischen Kammer

Paris, 3. März. Briand wird gemeinsam mit Chamberlain und Szarynski nach Genf fahren, der zu kurzem Aufenthalt in Paris erwartet wird. Briand wird in Genf durch Paul Boncour unterstüzt werden, der auch später die Leitung der französischen Delegation übernimmt, da Briand voraussichtlich nicht das Ende der Arbeiten des Völkerbundes abwartet. Der dritte Delegierte Frankreichs ist noch nicht ernannt.

Paris, 3. März. Die Verträge von Locarno wurden gestern in der Kammer mit 411 gegen 71 Stimmen ratifiziert.

London, 3. März. Der belgische Vertreter auf der Völkerbundtagung, Vandervelde, wird ohne feste Instruktionen nach Genf reisen. Er wird am Donnerstag in der Kammer eine Erklärung über die Regierungspolitik abgeben.

Ramek wird Deutschland im Völkerbund berühren

Wien, 3. März. Der Bundeskanzler Dr. Ramek wird als Vertreter der österreichischen Regierung auf der Sitzung des Völkerbundes, in der die feierliche Aufnahme Deutschlands erfolgt, das Wort ergreifen, um im Namen Oesterreichs Deutschland im Völkerbund willkommen zu heißen. Ramek wird nur einen Tag in Genf bleiben und dann sofort wieder nach Wien zurückreisen.

Der grundsätzliche Wille

Von Hamburg aus hat der Reichskanzler Luther die Stellungnahme der Reichsregierung zu der am 8. März beginnenden Völkerbundtagung bekanntgegeben. Mit Nachdruck hat der Kanzler betont, daß die Regierung unbeirrt durch alle Schwierigkeiten an ihrer klaren außenpolitischen Linie festhält. Gleichzeitig aber hat er es für unvereinbar mit den in Locarno getroffenen Abmachungen erklärt, daß gleichzeitig mit der Einräumung des ständigen Ratsitzes an Deutschland eine weitere Wenderung in der Zusammensetzung des Völkerbundes eintrete. Dieser Mahnung nach außen fügte schließlich Dr. Luther einen Appell an seine Mitbürger an: Mit dem Eintritt in den Völkerbund sei nunmehr für alle Deutschen der Zeitpunkt gekommen, zu dem man sich positiv auf den Boden des Völkerbundes stellen müsse, gleichgültig, wie man vorher über das Genfer Problem urteilte.

Eine programmatische Erklärung, die dazu bestimmt ist, auf allen Seiten gehört zu werden. Dafür war der Ort nicht ungeeignet gewählt. London und Neuphoh werden von dem deutschen Welthafen am leichtesten erreicht. In Hamburg ist der Kontakt zwischen der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft am stärksten. Der Rundfunk aber sorgte dafür, daß auch innerhalb Deutschlands die Reichskanzlerrede sofort weitest Verbreitung fand: Nicht nur die Gäste des Hamburger Senats, auch die starke Million der deutschen Rundfunkteilnehmer hörte gestern abend den Erklärungen Dr. Luthers zu.

Der grundsätzliche Wille Deutschlands zur vorurteilslosen, sachlichen Mitarbeit im Völkerbund ist durch den Kanzler noch einmal klar festgelegt worden. Deutlich hingewiesen hat Dr. Luther aber auch auf die Schwierigkeiten, die dieser grundsätzlichen Bereitschaft entgegenstehen. Diese Schwierigkeiten sind äußerer und innerer Natur.

Von außen droht das Streben nach einer Erweiterung des Völkerbundes Deutschlands Mitarbeit zuzuführen. Ueber diesen Punkt ist in den letzten Wochen so viel geschrieben worden, daß die Mehrzahl auch der politisch Interessierten kaum mehr etwas davon hören mag. Es empfiehlt sich aber, die Sachlage festzustellen, die in der breiten Erörterung wohl etwas unklar geworden ist. — Im Artikel 4 der Völkerbundsatzung heißt es:

„Der Rat setzt sich aus Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte und aus Vertretern vier anderer Bundesmitglieder zusammen. Diese vier Bundesmitglieder werden von der Bundesversammlung nach freiem Ermessen und zu den Zeiten, die sie für gut befindet, bestimmt. Bis zu der ersten Bestimmung durch die Bundesversammlung sind die Vertreter Belgiens, Brasiliens, Spaniens und Oesterreichs Mitglieder des Rates. Mit Zustimmung der Mehrheit der Bundesversammlung kann der Rat andere Bundesmitglieder bestimmen, die von da ab ständige im Rat vertreten sind. Er kann mit der gleichen Zustimmung die Anzahl der Bundesmitglieder, die durch die Bundesversammlung als Vertreter in den Rat gewählt werden, erhöhen.“

„Hauptmächte“ sind nach dem Sprachgebrauch des Versailles-Vertrages Großbritannien, Frankreich, Japan, Italien und die Vereinigten Staaten. Da diese fünf die Macht den Vertrag nicht ratifiziert hat, sind nur vier im Rat ständige vertreten. Die Zahl der nicht ständigen Sitze ist inzwischen auf sechs erhöht worden; die gegenwärtigen Inhaber sind: Spanien, Belgien, Brasilien, Schweden, Tschechoslowakei, Uruguay.

Bei der Bestimmung, daß auch andere Mächte ständige Ratsitze erhalten könnten, war von Anfang an Deutschland und Rußland gedacht, so daß der ständige Völkerbundsrat eine Vertretung der sieben Mächte ersten Ranges gewesen wäre. — Jetzt aber, wo Deutschlands Aufnahme beschlossene Sache geworden ist, haben sich folgende Mächte als Kandidaten für ständige Ratsitze gemeldet: Spanien, Brasilien, Polen, China und Persien. Bei diesen Ansprüchen werden nun zwei Fragen erörtert: 1. der Zeitpunkt, zu dem eine Aufnahme anderer Mächte als Deutschland in Frage käme, 2. die sachliche Berechtigung der neuen Kandidaturen.

Für die zweite Frage, das hat der Reichskanzler mit Recht betont, ist Deutschland offiziell überhaupt nicht kompetent. Die Verantwortung der ersten Frage aber ist durch die in Locarno getroffenen Vereinbarungen klar gegeben. Die Tagung des Völkerbundes am 8. März bildet den Schlußakt von Locarno; eine Aufnahme anderer Mächte gleichzeitig mit Deutschland kann nicht in Frage kommen. Ein dahingehender Beschluß würde die Voraussetzungen des deutschen Aufnahmegesuches entscheidend verändern.

Es scheint nun, als ob die entscheidenden Mächte, England und Frankreich, in der Frage des Zeitpunktes Deutschland entgegenkommen wollen. Nach den letzten englischen Meldungen arbeitet Chamberlain nun-

Zentrum und innerpolitische Fragen

Berlin, 3. März

In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags nahm bei der Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern als Sprecher des Zentrums der Abgeordnete von Cauer das Wort, um zu den mit dem Etat zusammenhängenden Fragen Ausführungen grundsätzlicher Natur zu machen. Aus den Darlegungen heben wir folgende bemerkenswerte Abschnitte hervor:

Zentrum und Beamtentum

„Meine Fraktion ist dem Herrn Minister dankbar für die Erklärungen, die er bezüglich seiner Stellungnahme zum Beamtentum gemacht hat. Wir freuen uns insbesondere darüber, daß er die Erhaltung des Berufsbeamtentums öffentlich rechtlicher Art auch als eine Notwendigkeit für die Republik bezeichnet hat. Wir sind mit ihm der Meinung, daß der Beamte der Republik die bestehende Staatsform als solche zu bejahen hat. Diese Bejahung darf sich nicht nur auf seine Tätigkeit im Amte beschränken, sie muß auch darüber hinaus sich auswirken. Es ist untragbar, daß Beamte außerhalb ihres Amtes sich an Nachschaffen, die den Umsturz der bestehenden Staatsordnung zum Ziele haben in irgendeiner Form beteiligen. Die Weigerung des deutschen Nationalen Redners, daß der Beamte sich nur im Amte der Reichsverfassung anzupassen habe, lehne ich namens meiner Freunde mit aller Entschiedenheit ab. Die Duldsamkeit des heutigen Reiches ist schon somieso eine viel weitere als die der Monarchie. In dieser würden manche Vorkommnisse, die jetzt ungerügt, vielfach bedauerlicherweise ungerügt, hingehen, ein geschlossenes Vorgehen gegen den betreffenden Beamten zur Folge gehabt haben. Die Autorität des Staates verlangt, daß gegen Beamte, die gegen die bestehende Staatsverfassung arbeiten, mit Entschiedenheit eingeschritten wird.“

Gegen eine Wenderung der Reichsverfassung!

Eine Wenderung des § 54 der Reichsverfassung, der das parlamentarische Regime feststellt, lehnen wir ab und damit auch den vorliegenden Antrag der Deutschnationalen Volkspartei. Eine Gesundung der derzeitigen, auch nach unserer Ansicht bedenklichen parlamentarischen Zustände kann nicht erreicht werden durch die Rückkehr zu einer hinter uns liegenden Zeit. Diese Gesundung kann nur erreicht werden durch eine Entwicklung des deutschen Parteivertens und eine Einstellung der

Parteien auf die parlamentarischen Notwendigkeiten. Wenn heutzutage die Achtung vor der Verfassung und, was ich offen sage, auch die Mißstimmung gegen den Reichstag in weiten Volksschichten zunimmt, so liegt die Ursache nicht am wenigsten in den Regierungshorfen und der Art ihrer Lösung. Ich muß leider feststellen, daß hier die größten Parteien des Reichstages, Deutschnationaler wie Sozialdemokraten gleichmäßig Schuld trifft, denn beide Parteien haben sich auf die Notwendigkeit der parlamentarischen Rechthaltung auch unter Zurückstellung gewisser Sonderinteressen nicht einzustellen verhalten.

Zentrum und Parität

Der Abgeordnete v. Kardorf hat unsere Beschwerde wegen der Gleichberechtigung aller Staatsbürger bei Besetzung öffentlicher Ämter, man nennt es sonst Parität, als berechtigt anerkannt. Er hat dann weiter ausgeführt, das läge daran, daß in den Reichsministerien zu wenig katholische Beamte seien. Eine Abstellung der Ungleichheit könne daher nur dadurch erreicht werden, daß junge Leute in die Reichsministerien gehen, die bei erwiesener Befähigung denn vorzugsweise befördert werden können. Ich bin dem Abgeordneten v. Kardorf dankbar für die in seinen Worten liegende Anerkennung der Sünden der Vergangenheit. Leider kann ich mit diesem Rezept nicht einverstanden sein, denn das würde lediglich eine Verschiebung der Beförderung auf eine Generation bedeuten. Ich bin auch der Meinung, daß zurzeit die geeigneten Beamten in den Ministerien, wenn auch in durchaus ungenügendem Umfange, vorhanden sind, deren Beförderung vom Grundsatze der Gleichberechtigung aus verlangt werden muß. — Im übrigen hat der Abgeordnete v. Kardorf selbst auf die Notwendigkeit des Austausches von Beamten zwischen Reich und Ländern hingewiesen. Auch auf dem Wege des Austausches, den der Abgeordnete v. Kardorf selber angeregt hat, ist es leicht, unseren berechtigten Forderungen zu entsprechen.

Zentrum und Reichsschulgesetz

Zur Schulfrage bemerke ich, daß die Ausführungen des Herrn Ministers etwas orakelhaft waren. Wir verlangen die strikte Durchführung des Elternrechtes und wünschen, daß die Reichsregierung mit den Regierungsparteien sich bei Ausarbeitung des Reichsschulgesetzes in enger Fühlung hält.